



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarbeitskonferenz-niedersachsen.de **Mail:** gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarbeitskonferenz: Aktuelles Maßnahmenpaket der Bundesregierung halbherzig!

Hannover 24.03.2022

Die Landesarbeitskonferenz LAK Niedersachsen kritisiert das aktuelle Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Entlastung der Bürger*innen wegen hoher Energiepreise als halbherzig. Klaus-Dieter Gleitze betont als Geschäftsführer der LAK Niedersachsen:

„Die Einführung eines Tickets für 9 Euro pro Monat für den Öffentlichen Personennahverkehr ist ein richtiger Schritt in Richtung sozialökologischem und gerechten Umbau der Gesellschaft. Davon profitieren Menschen mit wenig Geld sofort und direkt. Aber warum nur für 90 Tage und nicht dauerhaft?

Der einmalige Zuschlag von insgesamt 200 Euro mehr für Bezieher*innen von Hartz-IV und Grundsicherung ist richtig, aber unzureichend. Das sind über das Jahr gerechnet 3,7 Prozent mehr im Monat. Vor dem Hintergrund einer erwarteten Inflation von 6 Prozent in diesem Jahr bedeutet das: Noch weniger Geld. Sparen beim Essen. Also wird Hunger im nächsten Winter eine Option, wenn die Energiepreise voll durchschlagen.

Die steuerliche Energiepreispauschale von 300 Euro über die Einkommenssteuer hat für Menschen mit wenig Einkommen keine Bedeutung. Wer nichts oder nur sehr wenig verdient, zahlt keine Steuern und kann daher auch nicht steuerlich entlastet werden.

Die pauschale, befristete Senkung des Spritpreises ist eine Subventionierung der Mineralölkonzerne und des Anlagevermögens von Porschefahrern. Sie ist sozialökologisch ist kontraproduktiv.

Rechnet man die Reallohnverluste im zweiten Jahr hintereinander dazu, die in diesem Jahr noch größer werden, bedeuten die sich gegenseitig verstärkenden Dauerkrisen auch für Geringverdienende und Menschen im Niedriglohnsektor eine deutliche Tendenz zu mehr Verarmung.

Wenn unsere Gesellschaft nicht energisch gegen Armut und Ausgrenzung steuert, wird das auch politische Konsequenzen für die aktuelle und zukünftige Flüchtlingssituation haben. Es besteht die Gefahr, dass die Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine schwindet und wir eine Situation wie nach 2015 bekommen, wo Rechtspopulisten Aufwind erfahren und neue Spaltungen in der Gesellschaft aufbrechen.

Die LAK Niedersachsen fordert unter anderem

- Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Energie aussetzen für ein Jahr, bis über den nächsten Winter hinaus. Das hilft Armen direkt.

- Als Gegenfinanzierung: Einführung eines Mehrwertsteuersatzes von 0,1 % auf Aktienhandel, der bisher komplett von dieser Steuer befreit ist. Das wäre die Finanztransaktionssteuer, von der in EU seit 2011 geredet wird, als Folge der damaligen Finanzkrise.

Einmalzahlung von 1.000 Euro für Arme

Erhöhung des Regelsatzes für Hartz-IV und Grundsicherung auf 600 Euro im Monat

Info:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze

Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen – Geschäftsführer

Kontakt: 0160 99 50 41 61